

Nach der Abstimmung: Ideen für Wege aus dem Chaos

Reiner Eichenberger*

Um ihren Vorsprung hinsichtlich Lebensqualität zu halten, muss die Schweiz eine andere und klügere Politik als die EU verfolgen. Dazu braucht es Unabhängigkeit und Mut. Und gute Politik fällt nicht vom Himmel. Vielmehr braucht es auch das richtige Personal und einen ehrlichen Diskurs. Und da liegt ein Hauptproblem der Personenfreizügigkeit: Sie verdreht vielen Politikern und Staatsangestellten den Kopf.

Den Regierungen auf allen Staatsebenen bringt das Bevölkerungswachstum sofort mehr Steuereinnahmen und Finanzspielraum – viel mehr als es gute Politik tun würde. Wenn dann die grossen Ausgaben zur Bewältigung des Wachstums kommen, ist das Geld längst ausgegeben. Den Staatsangestellten bringt die hohe Zuwanderung höhere Löhne. Denn mehr Einwohner bedeuten mehr Staatsangestellte. Weil diese grossmehrheitlich Schweizer sind, muss ein immer grösserer Anteil der Schweizer zu Staatsangestellten werden, was höhere Löhne bedingt. Zugleich nimmt Personenfreizügigkeit den Bürgern die Lust an guter Politik, weil jede Steigerung der Wohlfahrt nur zu zusätzlichem Zuwanderungsdruck führt, der die Erträge guter Politik wieder neutralisiert und oft ins Gegenteil verdreht: Verknappung und Verteuerung von Land, Infrastruktur, Umweltgütern etc. Deshalb versuchen sich die Insider (diejenigen, die eine Arbeitsstelle und Wohnung haben) via zunehmende Regulierungen und Subventionen gegen die Outsider (die Zuwanderer und eigenen Jungen) zu schützen. Das gefällt den Linken. Endlich dürfen sie die Arbeits- und Wohnraummärkte verregulieren. Somit gilt: Personenfreizügigkeit bringt Chaos.

So oder so geht diese Diskussion nach der Abstimmung weiter – entweder zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsinitiative oder zur Verhinderung des Chaos infolge Personenfreizügigkeit. Zur

* Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Uni Fribourg und Forschungsdirektor von CREMA – Center of Research in Economics, Management and the Arts.

Wahrung ihres hohen Wohlstands muss die Schweiz dreierlei tun. (i) Die Zuwanderung klug steuern, am besten mit einer Aufenthaltsgebühr für Neuzuwanderer. (ii) Den politischen Entscheidungsträgern wieder wirksamere Anreize zu guter Politik geben, insbesondere mit einer Stärkung des Föderalismus durch eine Reform des Finanzausgleichs. (iii) Kluge Politikmassnahmen umsetzen. Dazu ein paar Anregungen.

Kluge Politik...

Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik. Hier sollten die bisherigen Mengenziele durch echte Kostenwahrheit ersetzt werden. Mit angemessenen Preisen zur „Internalisierung der Externalitäten“, also einem allgemeinen, ausnahmslosen CO₂-Preis sowie kostendeckende Abgaben im Privatverkehr und ÖV für Umweltbelastung, Betrieb und Infrastrukturnutzung. Weil so die Anreize der Konsumenten und Produzenten zur Berücksichtigung der Kosten für die Allgemeinheit richtig gesetzt sind, sollte auf Subventionen alternativer Energieträger und Verkehrsmittel verzichtet und die Regulierungen stark abgebaut werden. Die so beim Staat anfallenden Mittel sollten an die Bürger durch Senkung von Steuern zurückgegeben werden.

Gesundheitspolitik. Den Krankenkassen und Bürgern müssen wirksame Anreize zu sparsamem und qualitätsorientierten Umgang mit den knappen Ressourcen gegeben werden, etwa so: Der Risikoausgleich zwischen den Kassen muss umgestellt werden. Es sollen nicht einfach diejenigen Kassen Geld erhalten, die besonders viele Versicherte mit besonders hohen Kosten haben, sondern die Kassen sollten Anreize erhalten, möglichst die Heilung und Gesunderhaltung ihrer Versicherten anzustreben. Dazu braucht es ein Transferpreissystem: Diejenigen Kassen, die anderen Kassen Versicherte mit besonders tiefen Kosten abgeben, sollten eine Belohnung erhalten. Umgekehrt sollten diejenigen, von denen Versicherte mit besonders hohen Kosten zu anderen Kassen wechseln, diesen Kassen eine Abgeltung zahlen.

Altersvorsorge. Die Alterung ist kein Problem, sondern unser Glück. Die Menschen werden älter, weil sie immer gesünder sind. Probleme schafft nur das fixe Rentenalter. Wegen der Alterung gibt es immer mehr Konsumierende und immer weniger Arbeitende. Also muss die Lebensarbeitszeit erhöht werden. Dafür braucht es keine Erhöhung des Rentenalters und damit „Zwangsarbeit“ von Alten. Die Alten sollen freiwillig arbeiten. Dafür muss das grösste Hindernis für Arbeit im Alter gesenkt werden: die enorme Steuerlast. Ich vertrete deshalb eine Halbbesteuerung von Arbeitseinkommen von über 67-Jährigen.

Für die Lösung vieler Probleme muss die Kapitalbildung angeregt werden. Dafür muss die Besteuerung von Kapitalerträgen gesenkt werden. Denn Kapital ist heute völlig überbesteuert, weil nicht die realen, sondern die nominellen Kapitalerträge besteuert werden. Seit 1950 brachten

Bundesobligationen rund 3 Prozent Zins, jährlich. Allerdings war die Inflation und damit der Verlust der Kaufkraft des angelegten Kapitals bei etwa 2 Prozent. Den Anlegern blieben so real nur rund 1 Prozent. Besteuert werden sie aber auf ihrer nominellen Rendite von 3 Prozent; die Verluste durch Inflation können sie nicht absetzen. Das ist genau so absurd, wie wenn Arbeiter auf dem dreifachen ihres realen Lohnes besteuert würden. Die Lösung ist einfach: Die Steuerpflichtigen müssten von ihrer nominellen Rendite die Inflationsverluste (Inflation mal Wert der nicht inflationsgeschützten Anlagen) abziehen können.

... braucht private Initiative

Viele gute Reformvorschläge haben im Parlament und in den Regierungen keine Chance. Es braucht deshalb mehr Volksinitiativen. Aber viele Volksinitiativen wollen gar keine Probleme lösen, sondern vor allem der Selbstdarstellung von Parteien und dem Wählerfang dienen. Politische Parteien sind gemäss Definition parteiisch und auf das Wohl einzelner Gruppen ausgerichtet. Als Gegengewicht braucht es deshalb den „Grossen Preis der Schweiz“. Die Initianten guter Initiativen – solche, die vom Volk angenommen werden – sollen eine Belohnung von zwei Millionen Franken erhalten, am besten von einer privaten Stiftung. Diese „Ervolksprämie“ gäbe Parteien und politischen Unternehmern Anreize, Initiativen zu lancieren, die gesellschaftliche Probleme so lösen, dass sie eine Mehrheit erhalten. Natürlich gibt es gegen diesen Vorschlag vielerlei Einwände. Doch die wichtigen kann er gleich selbst parieren. Denn jeder gute Einwand böte die Möglichkeit zu einer erfolgreichen und so belohnten Volksinitiative.